// PRESSEINFORMATION //

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Landesverband Hamburg
Nr. 38/2026 vom 14. Oktober 2026

Bürgerschaftsbeschluss zum Besoldungsgesetz: Rot-grüner Sparkurs verfehlt echten Rechtsfrieden und sorgt für tiefen Unmut

Anlässlich der für heute geplanten Verabschiedung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes in der Hamburgischen Bürgerschaft übt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Hamburg scharfe Kritik am Gesetzespaket des Senats. Trotz monatelanger Proteste und des klaren Widerstands der Gewerkschaften hält Rot-Grün an drastischen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst fest.
Der DGB Hamburg kritisiert insbesondere die Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte von 40 auf 41 Stunden sowie die ersatzlose Streichung des Arbeitszeitverkürzungstages (AZV-Tag). Dies stellt eine massive und unzumutbare Mehrbelastung dar, die den öffentlichen Dienst in Hamburg im bundesweiten Wettbewerb um Fachkräfte erheblich schwächt und die Attraktivität der Hansestadt als Arbeitgeberin massiv beschädigt.

Zudem wirft der Gewerkschaftsbund dem Senat vor, das Ziel eines echten Rechtsfriedens verfehlt zu haben. Die rückwirkende Einführung eines neuen Familienmodells und die Berücksichtigung eines angenommenen Partner*inneneinkommens für die Jahre 2011 und 2012 sorgen für tiefen Unmut unter den Betroffenen. Besonders schwer wiegt dabei der bewusste Ausschluss der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von der neuen jährlichen Sonderzahlung in Höhe von 27,5 Prozent eines Zwölftels der maßgeblichen Jahresbezüge, was einer Missachtung der Lebensleistung pensionierter Kräfte gleichkommt.

Dazu erklärt **Tanja Chawla**, Vorsitzende des DGB Hamburg:
*„Die heutige Verabschiedung dieses Gesetzes ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigten, die tagtäglich den Hamburger Stadtstaat am Laufen halten. Statt einen echten Rechtsfrieden bei der Alimentation vergangener Jahre herzustellen, verändert der Senat rückwirkend die Berechnungsgrundlagen und bürdet den Kolleginnen und Kollegen obendrein eine unkompensierte 41-Stunden-Woche auf. Dass gleichzeitig unsere Pensionär*innen von der neuen Sonderzahlung ausgeschlossen werden, wird ihrer Lebensleistung nicht gerecht. Dieses Gesetz stellt keinen Rechtsfrieden her – es vertieft die Gräben zwischen dem Senat und seinen Beschäftigten.“*

Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg: *„Wer im öffentlichen Dienst kürzt, spart an der Zukunft unserer Gesellschaft! Schon jetzt arbeiten die Beschäftigten in Schulen, Kitas, Hochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen am Limit. Statt weiterer Kürzungen brauchen wir mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und eine auskömmliche Finanzierung. Hamburg muss in Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge investieren, statt sie kaputtzusparen!“*

Sandra Goldschmidt, Landesbezirksleiterin ver.di Hamburg: *„Die 41-Stunden-Woche für Beamt*innen ist nicht nur eine Einkommenskürzung durch die Hintertür, sondern verschleiert auch die Zahl der unbesetzten Stellen. Rund 5.000 Stellen sind derzeit unbesetzt und sollen es größtenteils wohl auch*

../2

bleiben, wenn es nach den Plänen des Senats geht. Es droht eine Verstärkung des Teufelskreises aus Belastung und Personalmangel. Der Senat muss aufhören, diejenigen im Stich zu lassen, auf die in unserer Stadt jeden Tag Verlass ist.“

Lars Osburg, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: *„Wer bei der Polizei länger arbeiten lässt, freie Tage streicht und mehr als tausend unterwertige Besetzungen ungelöst lässt, darf sich nicht wundern, wenn Kolleginnen und Kollegen über einen Wechsel in ein anderes Bundesland nachdenken. Das ist ein Warnsignal für Hamburgs innere Sicherheit. Gleichzeitig erleben wir ein Beamten-Bashing, das auch aus der SPD kommt. Wir lassen aber keinen Keil zwischen Beamtinnen und Beamte und Tarifbeschäftigte treiben: Wir arbeiten Seite an Seite und halten die Polizei gemeinsam am Laufen. Sparen auf Kosten der Beschäftigten schwächt die ganze Stadt. Unsere Arbeit ist kein Sparposten – Hamburg braucht eine starke Polizei und einen starken öffentlichen Dienst.“*

Der DGB Hamburg kündigt an, die Beschäftigten weiterhin bei der Durchsetzung ihrer Rechte auf eine amtsangemessene Alimentation zu unterstützen.

Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Rückfragen: Sven Quiring, Vorsitzender der GEW Hamburg, 0151-42362048